Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im redaktionellen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 79. — 87. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Montag, den 2. April 1928

Auf in den Kampf!

„Der letzten Tage Qual war groß . . .," so kann jetzt wie Wallenstein der Deutschen Republik vierter Reichstag von sich sagen. Doch nicht bloß der letzten Tage, sondern der letzten Wochen Qual war groß. An dem Reichsschulgesetz war die Regierungskoalition gescheitert und seitdem rüstete man zum Wahlkampf. Freilich verlangte der Reichspräsident, daß der Reichstag — um ein Scherzwort zu gebrauchen, das in diesem Zusammenhang gefallen ist — erst noch „seine Schularbeiten fertig machte". Das ist geschehen. Mit Ausnahme eben dieses Reichsschulgesetzes ist alles das durchgeführt worden, was Hindenburg forderte. Der Etat ist fertiggestellt worden und damit wurde ein weiteres ungestörtes Arbeiten der Verwaltung gewährleistet. Ebenso ist das Notprogramm, das von der Regierungskoalition aufgestellt wurde, nach heftigen parlamentarischen Kämpfen, die häufig zu scharfen persönlichen Auseinandersetzungen führten, im allgemeinen in der Form angenommen worden, wie es vorgeschlagen war. Es trägt freilich das Zeichen augenblicklicher Linderung aus drängendster Not an sich. Das gilt ebenso für die Erhöhung der Invalidenrenten wie vor allem für die finanziell-wirtschaftliche Unterstützung der Landwirtschaft. Nur ein Anfang ist gemacht und der kommende Reichstag wird vor die Aufgaben gestellt sein, aus dem Notprogramm Endgültiges zu machen.

Wenn also auch die Beratungen des „sterbenden" Reichstages durchaus unter den Vorzeichen des Wahlkampfes standen, so kommen die Abgeordneten nun doch nicht mit leeren Händen nach Hause. Es hat sich eben gezeigt, daß die sachliche Notwendigkeit stärker wirkte, größeres Gewicht hatte als parteipolitische Wünsche und Pläne. Natürlich wurde das Plenum trotzdem zum Tummelplatz wahlpolitischer Auseinandersetzungen, aber eben doch nicht so sehr, daß das Endresultat der gesetzgeberischen Arbeit gefährdet wurde. Als das Notprogramm aufgestellt wurde, als der Reichspräsident seinen bekannten Brief an den Reichskanzler schrieb, mochte man im ersten Augenblick nicht daran glauben, daß die darin niedergelegten Anregungen und Vorschläge Wirklichkeit werden würden. Zu stark schienen die Gegensätze zu sein, die zwischen den Parteien der ehemaligen Regierungskoalition erwachsen waren. Eine Zeitlang hatte es den Anschein, als ob der Reichstag sofort aufgelöst würde, das Notprogramm erst durch einen neuen Reichstag erledigt werden sollte. Erfreulicherweise haben aber die Propheten, die die Arbeitsunfähigkeit des Reichstages und damit ein Scheitern des Notprogramms voraussagten, unrecht behalten und der Reichstag hat sich als arbeitsfähiger bewiesen, als man es ihm zutraute.

Ruhe und Erholung ist aber den jetzigen Reichstagsabgeordneten a. D. nicht beschieden. Der Wahlkampf ist ja schon im Gange und die Wahlkampftechnik wird zeigen, was sie seit der letzten Wahl, also seit dem Dezember 1924, an Fortschritten aufzuweisen hat. Ob es dabei immer nur auf einen Kampf mit geistigen Waffen ankommen wird, muß man leider nach den bisherigen Erfahrungen bezweifeln. Rechts wie links sind die Gemüter erhitzt aus Gründen, die gar nicht parteipolitischer Natur sind, sondern in der Hauptsache wirtschaftlicher Art. Lohnpolitische Auseinandersetzungen in Arbeiterkreisen, finanzielle und wirtschaftspolitische Erregung in der Landwirtschaft sind der Auftakt und die Begleitmusik des Wahlkampfes geworden und es kam bekanntlich zu sehr scharfen Formen, zu grellen Mißklängen. Der preußische Innenminister hat neulich erklärt, er werde dafür sorgen, daß der Wahlkampf durch diese Mißklänge nicht gestört werde. Trotzdem sind gerade die Auseinandersetzungen im Reichstag, wie sie sich in den letzten Tagen abspielten, ein recht bedenkliches Vorzeichen für die Art, wie der Wahlkampf vor sich gehen wird. Man möchte es ja auf das allerdringendste wünschen, daß diese Auseinandersetzungen sich lediglich geistiger Waffen bedienen. Aber wenn schon im Reichstag zu ganz anderen Waffen gegriffen wurde, so ist gleiches im Wahlkampf, in den Wahlversammlungen, wohl auch zu befürchten. Daß dies eines politisch reifen Volkes unwürdig ist, ist ja selbstverständlich, aber leider nicht so selbstverständlich, daß es bei der Hitze des Wahlkampfes immer beachtet wird. Ob andererseits die Polizei überhaupt in der Lage ist, eine politische Erziehungsarbeit nach dieser Richtung hin zu übernehmen, muß man leider ebenso bezweifeln. Erfahrungsgemäß nützen auch parteipolitische Abmachungen, sich eben nur geistiger Waffen zu bedienen, doch nur recht wenig; aber alle Parteien würden sich nur selbst schaden, wenn sie den Wahlkampf nicht so führen würden, wie sie es von den gegnerischen Parteien verlangen.

Spannung zwischen Vatikan und Quirinal

Auflösung katholischer Pfadfinderorganisationen.

Die im italienischen Ministerrat beschlossene Auflösung einiger katholischer Organisationen hat in vatikanischen Kreisen große Erregung verursacht. Die faschistischen Blätter bringen jedoch, wie aus Rom berichtet wird, die offiziöse Mitteilung, daß nur die noch mancherorts bestehenden katholischen Pfadfindergruppen innerhalb von 30 Tagen aufzulösen seien. Die Befürchtung, daß alle katholischen Privatschulen aufgehoben werden könnten, gehe von falschen Voraussetzungen aus.

Bemerkenswert ist die Tatsache, daß die in Florenz erscheinende „Unita Cattolica", die einen der Nationalkatholiken (regierungstreue Katholiken) günstigen Artikel gebracht hatte, jetzt erklärt, daß sie den Artikel bedauere und zurückziehe und den Papst um Verzeihung bitte. Der Artikel war von der faschistischen Presse unter Hinweis auf das päpstliche Wappen, das an der Spitze des Florentiner Blattes steht, stark ausgeschlachtet worden.

Briands Antwort an Kellogg

Achtung des Krieges.

Der jetzt veröffentlichte Text der französischen Antwort an die Vereinigten Staaten (auf die Note Kelloggs beginnt mit der Versicherung, daß Frankreich bereit sei, die rasche Realisierung des Friedens durchzuführen. Die französische Regierung erklärt sich ferner damit einverstanden, daß die amerikanische Regierung den Regierungen von Deutschland, Großbritannien, Italien und Japan den bisherigen Schriftwechsel übermittelt und diese Regierungen zur Zustimmung zu einem mehrseitigen Pakt auffordert, vorausgesetzt, daß die unterzeichnenden Mächte feierlich erklären, daß sie den

Krieg als Instrument der nationalen Politik, d. h. als Aktionsmittel ihrer persönlichen, spontanen und unabhängigen Politik verurteilen.

Sie verpflichten sich ferner, gegeneinander keinen Angriff und keinen Einfall zu unternehmen und nur durch friedliche Mittel die Regelung aller Meinungsverschiedenheiten oder Konflikte, welcher Natur und welchen Ursprungs sie auch sein mögen, die zwischen ihnen entstehen könnten, zu suchen.

Es muß jedoch als selbstverständlich angesehen werden, daß die Verpflichtungen für die Unterzeichnenden

nur dann bindend sind, wenn sie von allen Staaten übernommen

werden, d. h. wenn der Vertrag auch dem Beitritt aller Staaten offen steht. Sobald eine der Mächte gegen den Vertrag verstößt, würden die anderen Mächte automatisch gegenüber diesem Staat von den im Vertrage enthaltenen Verpflichtungen entbunden. Weiterhin dürfte der offizielle Verzicht auf den Krieg für keine der Mächte, die ein solches Abkommen unterzeichnen, zu einer Beeinträchtigung ihrer Rechte auf legitime Verteidigung werden.

Polnisch-litauische Konferenz in Königsberg.

Woldemaras und Zaleski halten Eröffnungsreden.

In Königsberg i. Pr. wurde die auf eine Anregung des Völkerbundes hin zusammengetretene polnisch-litauische Konferenz, die den Frieden zwischen Litauen und Polen sichern soll, eröffnet. Als Stellvertreter des Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen begrüßte Vizepräsident Dr. Herbst die Konferenzteilnehmer in deutscher Sprache. Der litauische Ministerpräsident und Außenminister Woldemaras hielt darauf in französischer Sprache die Eröffnungsrede.

Nachdem er den Behörden der Stadt Königsberg für den liebenswürdigen Empfang gedankt hatte, umriß er Zweck und Ziel der Konferenz, die an der Erhaltung des Friedens zu arbeiten berufen sei. Die Konferenzteilnehmer hätten sich zwar nicht verpflichtet, in dem polnisch-litauischen Konflikt endgültige Lösungen zu suchen, aber doch ein gutes Einvernehmen zwischen den beiden Ländern herzustellen. Der polnische Außenminister Zaleski gab dann gleichfalls der Dankbarkeit an die deutsche Regierung für die in Königsberg dargebotene Gastfreundschaft Ausdruck und betonte auch seinerseits, daß man zu einer Herstellung von Beziehungen zwischen Polen und Litauen zu gelangen hoffe, die zwischen den beiden Nachbarstaaten das „gute Einvernehmen" zu sichern geeignet wären.

Nach Beendigung der Eröffnungsansprachen verlas der polnische Gesandte in Berlin, Olzowski, die Geschäftsordnung der Konferenz. Die Verhandlungssprache ist Französisch. In einer Unterredung, die er vor Eröffnung der Konferenz mit einem deutschen Journalisten hatte, wies Woldemaras mit großem Nachdruck darauf hin, daß in Königsberg auch über die Wilnafrage verhandelt werden müsse und daß die litauische Delegation entschlossen sei, eine Vergütung für die durch den Wilnaeinfall des Generals Zeligowski verursachten Schäden zu fordern. **Woldemaras erklärte dann, daß die deutsch-litauischen Handelsvertragsverhandlungen am 16. April aufgenommen werden sollen und daß man litauischerseits auf deren günstige Abwicklung hoffe.**

Beschränkung auf schriftliche Vorschläge

Die beiden Delegationen (Litauen und Polen) haben folgendes gemeinsame Kommuniqué über den gegenwärtigen Stand der Königsberger Verhandlungen veröffentlicht:

Nach der Eröffnungssitzung der Konferenz trafen sich die Führer der beiden Delegationen zu einer geschlossenen Sitzung, um sich über die Art und Weise der Fortführung der Verhandlungen zu verständigen. Es wurde beschlossen, daß die polnische Delegation der litauischen Delegation im Laufe des 31. März ihre Vorschläge für den Abschluß von Vereinbarungen, die sich auf den lokalen Verkehr, den Post- und Telegraphenverkehr und den Eisenbahnverkehr zwischen Litauen und Polen beziehen, überreichen soll. Bemerkenswert ist, daß die Frage der

Regelung des Schiffsverkehrs auf der Memel,

die mit der Kernpunkt des wirtschaftlichen Problems der beiden Staaten ist, bisher nicht berührt wurde. Charakteristisch für diese Konferenz scheint zu sein, daß bisher überhaupt noch nicht verhandelt worden ist, sondern daß man sich auf den Austausch von schriftlichen Vorschlägen beschränkt hat. Polnischerseits hat man sich dabei, wenn auch nicht erschöpfend, auf die rein wirtschaftlichen Fragen entsprechend den Genfer Vereinbarungen beschränkt, während die litauischen Vorschläge darüber hinauszugehen scheinen. Die litauische Delegation hat einen Kurier nach Kowno entsandt, vermutlich um die Stellungnahme der entsprechenden Sachverständigen zu den polnischen Vorschlägen einzuholen.

Wie lange die Verhandlungen dauern werden, läßt sich noch nicht übersehen. Man nimmt an, daß sie mindestens noch bis Dienstag oder Mittwoch dauern werden, worauf in jedem Fall die Delegierten eine Osterpause eintreten lassen werden.

Russische Parteifunktionäre im Donezgebiet entlassen.

Eingeständnis kommunistischer Mißwirtschaft.

Das nordkaukasische Bezirkskomitee der Kommunistischen Partei hat im Zusammenhang mit der Aufdeckung der gegenrevolutionären Verschwörung in der Kohlenindustrie des Donezbeckens eine Untersuchung bei den Parteiorganisationen des Schachty-Reviers vorgenommen und daraufhin beschlossen, das Bureau des Schachty-Komitees der Kommunistischen Partei aufzulösen, da es sich zur Leitung in den wichtigsten Fragen des Wirtschaftsaufbaues als unfähig erwiesen habe, und ein neues Bureau zu wählen. Das Bezirkskomitee hat ferner beschlossen, eine Reihe von Parteifunktionären abzusetzen.

Das Präsidium des nordkaukasischen Bezirksrates der Gewerkschaften hat den Beschluß gefaßt, das Präsidium des Bergarbeiterverbandes des Schachty-Bezirks aufzulösen und ein neues Präsidium zu wählen sowie eine Reihe von Gewerkschaftsfunktionären abzusetzen.

Lärmszenen im Polnischen Landtag.

Handgemenge mit Kommunisten.

Im Polnischen Landtag kam es bei der dritten Lesung des Budgetprovisoriums zu stürmischen Lärmszenen. Ein Kommunist, der die Rednertribüne betrat, wurde durch Zwischenrufe der Linken am Sprechen gehindert. Die Kommunisten antworteten hierauf durch Lärmen mit

Autohupen

und warfen Gegenstände nach den Bänken der Sozialisten. Der Sejmmarschall sah sich gezwungen, die Sitzung für eine halbe Stunde zu unterbrechen. In der Zwischenzeit schleppten fünf Mann der Saalwache einen kommunistischen Abgeordneten aus dem Saal. Hierbei entspann sich zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten ein

Handgemenge.

Als die Ruhe wiederhergestellt war, eröffnet der Sejmmarschall die Sitzung, in der dann die dritte Lesung des Budgetprovisoriums für das zweite Vierteljahr ohne weitere Störungen erledigt werden konnte.

Erdbeben in Anatolien.

In Westanatolien (Kleinasien) wurden sieben starke Erdstöße verspürt. Das Zentrum des Bebens lag in Smyrna, wo mehrere Gebäude, darunter der Uhrturm auf dem Regierungsplatz, einstürzten.

Die Zahl der Opfer beträgt nach den bisherigen Feststellungen 25 Tote und 60 Verwundete, darunter 15 Schwerverletzte. In Turbaly, 50 Kilometer von Smyrna entfernt, an der Bahnstrecke nach Ephesos, ist die Hälfte der Häuser eingestürzt.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF